

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.779.569

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 28/J-NR/2024 betreffend „Beschwerden wegen Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen in Ihrem Ministerium in der XXVII.GP“, die die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen am 24. Oktober 2024 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*

Hinsichtlich des Zeitraumes vom 23. Oktober 2019 bis zum 31. Dezember 2023 darf betreffend Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes wegen potentieller Ungleichbehandlungen nach dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen im Sinne der Anfrage auf die Beantwortungen der Parlamentarischen Anfragen Nr. 10171/J-NR/2022 vom 9. März 2022, Nr. 14148/J-NR/2023 vom 17. Februar 2023 und Nr. 17451/J-NR/2024 vom 2. Jänner 2024 sowie die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a B-GIBG, zuletzt der 15. Gleichbehandlungsbericht des Bundes – 2024, verwiesen werden (<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/gleichbehandlungsberichte/gleichbehandlungsberichte-des-bundes.html>).

Im Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 23. Oktober 2024 wurde vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes wegen potentieller Ungleichbehandlungen nach dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen im Sinne der Anfrage mit Bezug auf das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Zentralstelle, Zentrallehranstalten, Schulqualitätsmanagementbesetzung und Pädagogische Hochschulen) ein Beschwerdeverfahren geführt, dessen Verfahrensausgang hinsichtlich einer behaupteten Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes aufgrund des Alters/Geschlechts beim beruflichen Aufstieg offen ist.

Für die sonstigen nachgeordneten Bereiche des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wäre eine Recherche und Aufbereitung entlang der Fragestellungen nur durch manuelle Durchsicht aller Personalakten möglich, weswegen aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwands um Verständnis ersucht wird, dass von einer diesbezüglichen Beantwortung Abstand genommen wird.

Zu Frage 2:

- *Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Zur Zahl der im Zeitraum vom 1. Jänner 2022 bis 31. Dezember 2023 bekannten Anzeigen im Sinne der Fragestellung wird auf die Beantwortungen der Parlamentarischen Anfragen Nr. 14148/J-NR/2023 vom 17. Februar 2023 und Nr. 17451/J-NR/2024 vom 2. Jänner 2024 verwiesen.

Im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Zentralstelle, Zentrallehranstalten, Schulqualitätsmanagementbesetzung und Pädagogische Hochschulen) sind im Zeitraum 23. Oktober 2019 bis 31. Dezember 2021 und 1. Jänner 2024 bis 23. Oktober 2024 keine Anzeigen im Sinne der Fragestellung bekannt. Für die sonstigen nachgeordneten Bereiche des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird auf die diesbezüglichen Ausführungen zu Frage 1 verwiesen.

Zu Frage 3:

- *In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*
 - a. *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als*

Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.

Zu den im Zeitraum vom 23. Oktober 2019 bis 31. Dezember 2023 anhängig gemachten Gerichtsverfahren im Sinne der Anfrage wird auf die Beantwortungen der Parlamentarischen Anfragen Nr. 10171/J-NR/2022 vom 9. März 2022, Nr. 14148/J-NR/2023 vom 17. Februar 2023 und Nr. 17451/J-NR/2024 vom 2. Jänner 2024 verwiesen sowie ergänzt, dass zum Stand 23. Oktober 2024 das in der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 17451/J-NR/2024 genannte Verfahren vor dem ASG Wien (weiterhin) nicht abgeschlossen ist.

Betreffend anhängig gemachter Gerichtsverfahren im Sinne der Anfrage aufgrund möglicher Ungleichbehandlungen nach dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen mit Bezug auf das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Zentralstelle, Zentrallehranstalten, Schulqualitätsmanagementbesetzung und Pädagogische Hochschulen) sind für den Zeitraum 1. Jänner 2024 bis 23. Oktober 2024 keine Fälle bekannt. Für die sonstigen nachgeordneten Bereiche des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird auf die diesbezüglichen Ausführungen zu Frage 1 verwiesen.

Wien, 23. Dezember 2024

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek

